

56. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Herbstsession 2025



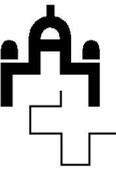
-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 4. Aktualitäten

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

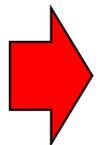
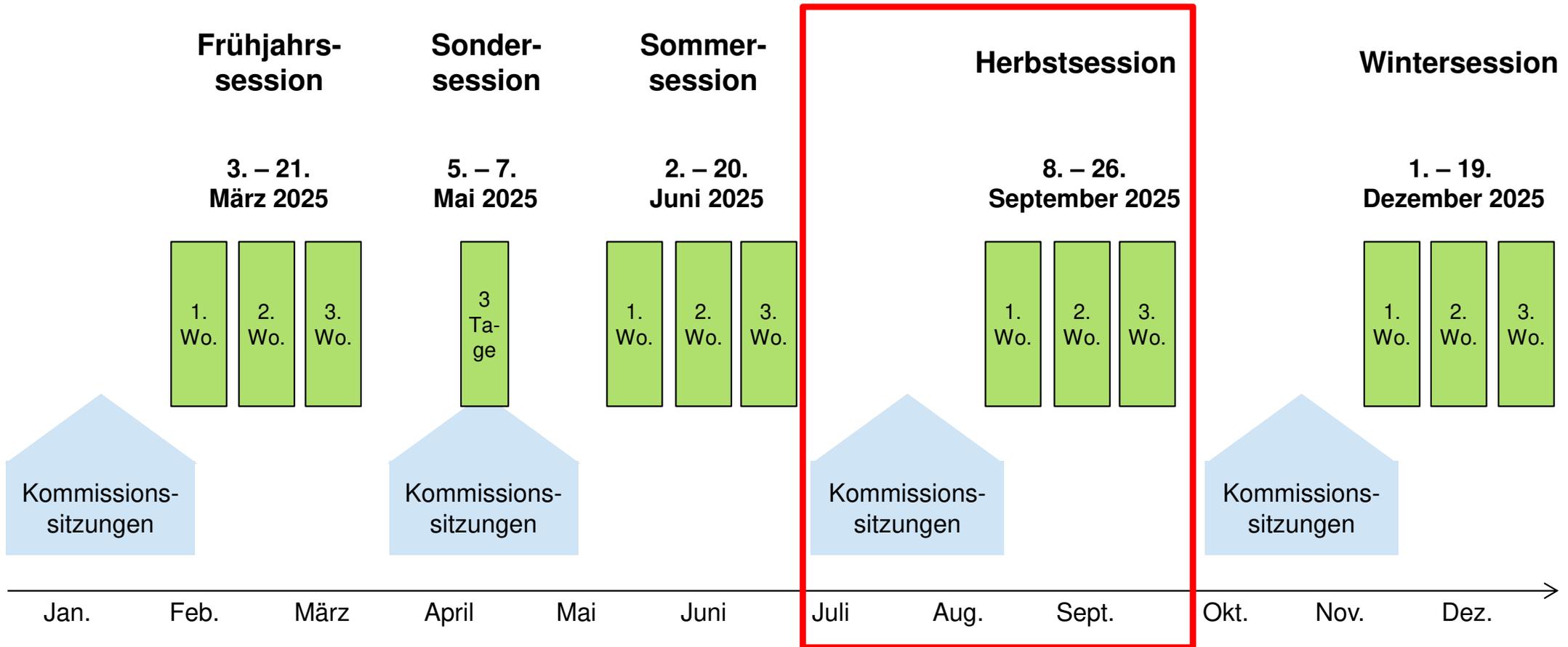
2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

3. Besuch im Bundeshaus

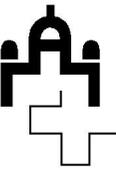
4. Aktualitäten



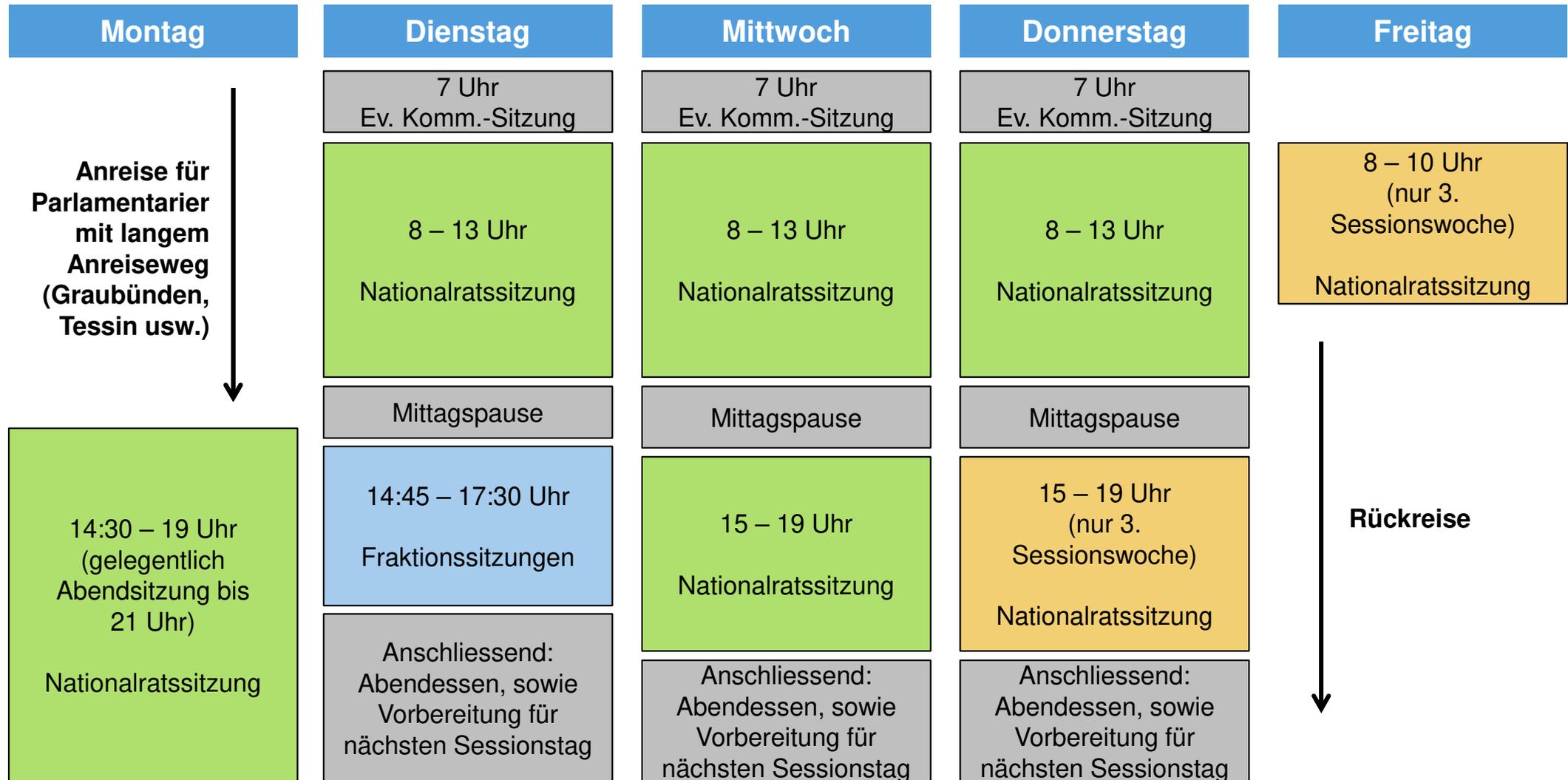
In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Herbstsession und andere wichtige politische Entwicklungen

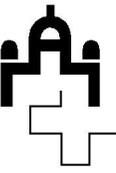


Zusätzlich zu den Sessions und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt.



Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen

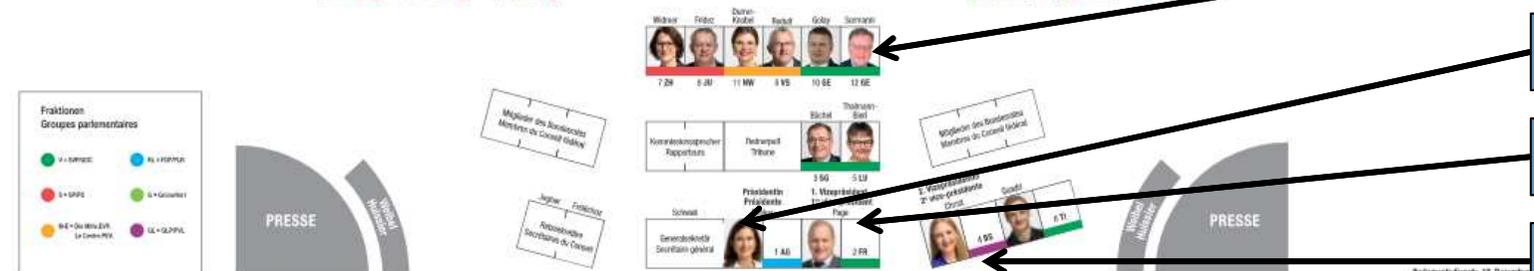




Der Nationalrat wird durch eine Vertreterin der FDP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die SVP und die GLP



SVP:	67
SP:	41
Die Mitte:	31
FDP:	28
Grüne:	23
GLP:	10



8 Stimmzähler

Präsidentin (FDP)

1. Vizepräsident (SVP)

2. Vizepräsidentin (GLP)

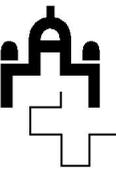
Quelle: www.parlament.ch

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

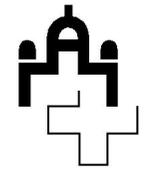
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten



Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Session und werden nachfolgend vertieft behandelt

- 1 SVP-Nationalrat Alfred Heer überraschend verstorben
- 2 Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» (25.026)
- 3 Fünfte ausserordentliche Session «Asyl» seit Legislaturbeginn (24.4588, 25.3274, 25.3601, 25.3602, 25.3625, 25.3689, 25.3738, 25.3743)
- 4 EU-Migrations- und Asylopakt: Übernahme der EU-Verordnungen 2024/1351, 2024/1359, 2024/1349, 2024/1358 und 2024/1356 (25.037)
- 5 Grenzschutz-Initiative «Asylmissbrauch stoppen!»
- 6 Generelle Nationalitätennennung von Straftätern in Polizeimeldungen (24.463)
- 7 Abschaffung Heiratsstrafe: Bewährtes Splitting-Modell (25.018) gegen Individualbesteuerung (24.026) knapp verworfen
- 8 Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente (24.073)
- 9 Indirekter Gegenvorschlag zur Mitte-Initiative «Ja zu fairen AHV-Renten auch für Ehepaare» mittels Vorlage 24.078
- 10 Zeitplan der vier wichtigsten Vorlagen im EU-Dossier
- 11 Diverse weitere Geschäfte



In der Nacht auf den 19. September 2025 verstarb unser Fraktionskollege, Nationalrat Fredi Heer, überraschend

Bundesversammlung
Assemblée fédérale
Assamblea federale
Assambia federala

23. September 2025



Die Bundesversammlung nimmt in tiefer Trauer Abschied von Nationalrat

Alfred Heer

1961 – 2025

Unerwartet und viel zu früh ist Alfred Heer aus dem Leben und aus der Mitte seiner Kolleginnen und Kollegen gerissen worden.

Seit 2007 vertrat er die SVP Zürich im Nationalrat. 14 Jahre lang war er Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, ebenfalls seit 2011 war er Mitglied der Europaratsdelegation. Seine Mandate übte er unermüdet und mit Herzblut aus. Mit ihm verlieren wir nicht nur einen engagierten Parlamentarier, sondern auch einen warmherzigen Kollegen, der den Dialog stets ohne Vorurteile suchte und sich mit Menschen aller Couleur verstand. Er fehlt uns schmerzlich.

Der Trauerfamilie und seinen Angehörigen sprechen wir unser herzlichstes Beileid aus. In dieser schweren Zeit wünschen wir ihnen viel Kraft, Trost und Zuversicht.

Im Namen der Bundesversammlung
Nationalratspräsidentin Maja Riniker und Ständeratspräsident Andrea Caroni

«Das Schwerste am Abschied ist, die nächste Zeit ohne den geliebten Menschen zu leben. Trost spendet die Gewissheit, dass die Liebe und die schönen Erinnerungen, die uns mit diesem Menschen verbinden, für immer bleiben.»

Tief betroffen und mit schwerem Herzen nehmen wir Abschied von

Alfred «Fredi» Heer

12.10.1961 – 19.9.2025

Wir vermissen dich
Julia Heer
Cäsar Heer und Sibylle Heer
Michelle Heer
Eduard Heer und Daniela Piraino
Ivette Djonova
Gabriela Heer-Brighelli
Angehörige und Freunde

Fredi ist letzte Woche gegangen – ein grosses Herz hat viel zu früh aufgehört zu schlagen. Als Familie verlieren wir mit ihm einen warmherzigen und humorvollen Menschen, der eine fürsorgliche und innige Verbindung zu seiner Tochter hatte und trotz all seiner beruflichen Verpflichtungen und Engagements viel Zeit mit uns allen verbrachte.

Er liebte und lebte das Leben, war gerne mit Menschen zusammen und kannte keinen Ständesdünkel. Wir bewunderten seine Schlagfertigkeit, und wir schätzten seine idealistischen Züge und sein Bestreben, sich unverstellt, ehrlich und engagiert für seine Überzeugungen einzusetzen.

Fredi, wir werden Dein Lachen und Deinen Schalk vermissen. Überall sind die Spuren Deines Lebens, wir werden uns immer an Dich erinnern.

Wir danken Dir für Deine Liebe und all die Zeit, die wir mit Dir verbringen durften. Ruhe in Frieden.

Allfällige Spenden:
vogelwarte.ch, IBAN CH47 0900 0000 8000 2316 1,
Schweizer-Wanderwege.ch, IBAN CH48 0900 0000 4001 4552 5 oder
Schweizerischer Blinden- und Sehbehindertenverband, Di 074 0900 0000 8000 1514 1

Traueradresse: Cäsar Heer, Wingertstrasse 42, 8308 Illnau




**Kanton Zürich
Regierungsrat**

Der Regierungsrat musste schmerzlich zur Kenntnis nehmen, dass Nationalrat

Alfred Heer

1961–2025

in der Nacht vom 18. auf den 19. September 2025 verstorben ist.

Alfred Heer begann seine politische Karriere als Mitglied der SVP, für die er 1994 in den Zürcher Gemeinderat gewählt wurde. Von 1995 bis 2008 war er Mitglied des Kantonsrates, 2007 erfolgte die Wahl in den Nationalrat. Zwischen 2009 und 2016 stand Alfred Heer als Präsident der SVP des Kantons Zürich vor. Seit 2011 war er Mitglied der Schweizer Delegation im Europarat, zweimal deren Präsident.

Der Kanton Zürich verliert mit Alfred Heer eine über die Parteigrenzen überaus geschätzte Persönlichkeit, welche eine grosse Lücke in der Schweizer Politik hinterlässt. Der Regierungsrat gedenkt ihm in grosser Dankbarkeit und spricht den Angehörigen, besonders seiner Tochter, sein tief empfundenes Beileid aus.

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident: Dr. Martin Neukom
Die Staatsschreiberin: Dr. Kathrin Arioli

Alfred Heer († 63) starb mitten in d Nacht im Ausgang

► Einsatzkräfte rückten zu Notfall im Zürcher Kreis 4 aus ► Jede Hilfe kam zu spät ► Untersuchung ist eingeleitet

Nachruf auf Alfred Heer (1961–2025) Haudegen mit Herz

Alfred Heer war schon mehrere Jahre Mitglied des Nationalrats, ein gesandener, bundesweit bekannter Parlamentarier, als ihn ein Ratskollege aus einer anderen Fraktion im Büro anhaus fragte, wozu er eigentlich zwei Mobiltelefone auf sich trage. Heers Antwort: «Das eine brauche ich für die Kutteln, das andere für die Drogen.» Worauf die Stunde in schallendes Gelächter ausbrach.

Diese Episode bringt einen zentralen Charakterzug des Zürcher SVP-Nationalrats Alfred «Fredi» Heer auf den Begriff: seinen ungehobolten Humor. Es war ihm egal, was andere über ihn dachten. Er war unabhängig. Er war schlagfertig – und entwalltete dann gern sein Gegenüber. Er selbst griff regel- mässig zum rhetorischen Zweisänder, heusschärfeligen Art verkörperte Heer den Aufstieg der Zürcher SVP in den Neunzigerjahren. Damals kippte das Anti-Establishment nach rechts, die Arbeiterklasse wechselte in hellen Schanzen von der Sozialdemokratie zur Partei

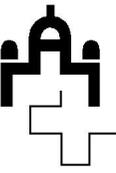
mit den unzimperlichen Slo- gans erodierte der alte Frei- heitssohn Heer waren d selbsten und die Perlenkette vom Zürichberg ähnlich frem- den Lebens. 1. Mai und die linke Elite, der lebens Schicksalgerechtigkeit vor

Heer war kein Rebell, aber ein- der in keine Schablone passte. Partei gegenüber verhielt er sie- lovak mit seinem harten Kurs ge- Migrationspolitik, gegen die EU ge- gen hohe Steuern lag er ganz au-

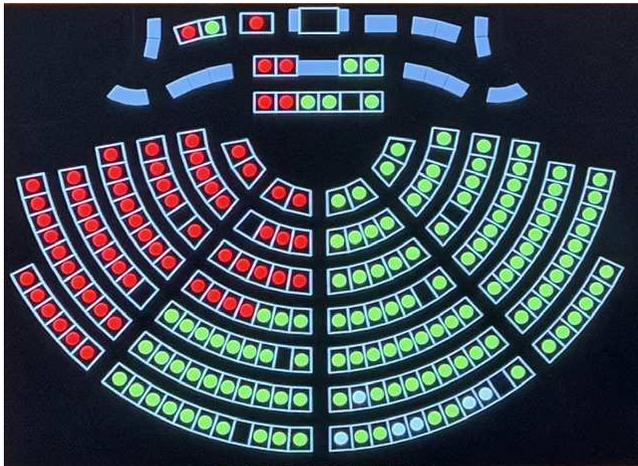
KARIN FRAUTSCHI, NASTASJA HOFMANN UND CÉLINE ZAHND

Sein überraschender Tod hat in allen politischen Lagern Bestürzung ausgelöst. Alfred Heer (†63) starb in seinem ge- liebten Kreis 4, wo der Zürcher SVP-Nationalrat aufgewachsen ist und sich zeit seines Lebens wohlfühlte. Die Todesursache ist noch unbekannt.

Heer war eine der bekanntesten Figuren der Zürcher SVP. Obwohl er als Hardliner galt, genoss er bei den politi- schen Gegnern Respekt. «Er war ein Mensch, dem ich ver- trauen konnte», sagte Grünen- Nationalrätin Sibel Arslan (45) gestern. ► Seiten 2-3



Nationalrat schmettert trotz massloser Zuwanderung «Keine 10-Millionen-Schweiz»-Initiative ab – nun entscheidet der Ständerat



TOTAL / TOTALE	
Ja / Oui / Sì / Gea	121
Nein / Non / No / Na	64
Enth. / Abst. / Ast. / Abst.	6

+ 1'539'181

Nachhaltigkeits-Initiative

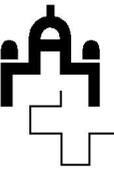
Keine 10-Millionen-Schweiz!

Infolge der unkontrollierten Einwanderung in unser Land droht uns demnächst die 10-Millionen-Schweiz. Nach dem Zustrom von netto 180'000 Personen im letzten Jahr (2022) – was der Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt entspricht – muss jetzt endlich gehandelt werden, weil eine 10-Millionen-Schweiz unsere Infrastruktur überfordert, unsere Gesundheitsversorgung und die schweizerischen Sozialversicherungen überlastet, unsere Natur zerstört und die Mieten noch mehr in die Höhe treibt.

Da die Politiker in Bern nichts unternehmen, muss jetzt die Bevölkerung handeln. Unterschreiben auch Sie unsere Volksinitiative und sagen Sie ...

- ✓ **JA zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung statt zu einer ungesteuerten, ungebremsten Zuwanderung.**
- ✓ **JA zu einer Schweiz, deren ständige Wohnbevölkerung 10 Millionen Menschen vor dem Jahr 2050 nicht überschreitet.**
- ✓ **JA zum Schutz der Umwelt und der dauerhaften Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.**





In der fünften ausserordentlichen Session «Asyl» seit Legislaturbeginn wurden SVP-Lösungsverschlage erneut abgelehnt

- Die SVP forderte mit mehreren Vorstössen Einschränkungen bei der extensiven Asylpraxis der Schweiz. Die Forderungen nach einer Beschränkung des Asyl-Status auf zwei Jahre, der Aufhebung des Schutzstatus S für neu ankommende Personen aus der Ukraine wie auch nach einem Aussetzen des sogenannten Resettlements wurden von SP-Bundesrat Jans und den Mitte-links Parteien abgelehnt.

- Einzig die SVP-Forderung, dass Gesuche für Aufenthaltsbewilligungen von vorläufig aufgenommenen Personen, Personen mit einem Ausweis N oder ohne Ausweis frühestens nach zehn Jahren möglich sind, wurde überwiesen.

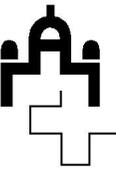
		Ausserordentliche Session «Asyl » Session extraordinaire «Asile» Sessione straordinaria «Asilo »	
24.4588	n	DE FR IT	Mo. Schmid Pascal. Von Schweden und Dänemark lernen, Asyl nicht mehr unbefristet gewähren. Zurück zum Kerngehalt des Asylrechts Mo. Schmid Pascal. Revenir à l'essence du droit d'asile et, à l'instar de la Suède et du Danemark, ne plus accorder l'asile pour une durée indéterminée Mo. Schmid Pascal. Imparare dalla Svezia e dalla Danimarca: asilo a tempo determinato. Ritorno all'essenza del diritto d'asilo
25.3602	n	DE FR IT	Mo. Fraktion V. Aufhebung des Schutzstatus S für Personen aus der Ukraine Mo. Groupe V. Abrogation du statut S pour les personnes venant d'Ukraine Mo. Gruppo V. Abrogazione dello statuto di protezione S per le persone provenienti dall'Ucraina
25.3601	n	DE FR IT	Mo. Fraktion V. Resettlement aussetzen, bis das Asylsystem stabilisiert ist Mo. Groupe V. Suspendre le programme de réinstallation jusqu'à ce que le système d'asile soit stabilise Mo. Gruppo V. Sospendere i reinsediamenti fino alla stabilizzazione del sistema d'asilo
25.3274	n	DE FR IT	Mo. Riner. Fehlanreize in der Asylpolitik reduzieren Mo. Riner. Lutter contre les mauvaises incitations dans la politique d'asile Mo. Riner. Ridurre gli incentivi sbagliati nella politica d'asilo

		Ausserordentliche Session «Asyl» Session extraordinaire «Asile» Sessione straordinaria «Asilo»	
25.3743	s	DE FR IT	Mo. Chiesa. Von Schweden und Dänemark lernen, Asyl nicht mehr unbefristet gewähren. Zurück zum Kerngehalt des Asylrechts Mo. Chiesa. Asile temporaire. S'inspirer des modèles sueudois et danois pour en revenir à l'essence du droit d'asile Mo. Chiesa. Imparare dalla Svezia e dalla Danimarca: asilo a tempo determinato. Ritorno all'essenza del diritto d'asilo
25.3738	s	DE FR IT	Mo. Poggia. Aufhebung des Schutzstatus S Mo. Poggia. Abrogation du statut de protection S Mo. Poggia. Abrogazione dello statuto di protezione S
25.3625	s	DE FR IT	Mo. Friedli Esther. Resettlement aussetzen, bis das Asylsystem stabilisiert ist Mo. Friedli Esther. Suspendre le programme de reinstallation jusqu'à ce que le système d'asile soit stabilise Mo. Friedli Esther. Sospendere i reinsediamenti fino alla stabilizzazione del sistema d'asilo
25.3689	s	DE FR IT	Mo. Stark. Fehlanreize in der Asylpolitik reduzieren Mo. Stark. Lutter contre les mauvaises incitations dans la politique d'asile Mo. Stark. Ridurre gli incentivi sbagliati nella politica d'asilo



Parlament stimmt in der Schlussabstimmung dem EU-Migrations- und Asylpakt inkl. «Solidaritätsmechanismus» zu

- Jährlich strömen Hunderttausende Asilmigranten nach Europa: Mit Hilfe von kriminellen Schleppern und linken NGOs. Der Schutz der EU-Aussengrenze (Schengen-Abkommen) funktioniert so wenig wie die EU-Asylpolitik (Dublin-Abkommen). So sind seit dem Schengen/Dublin-Beitritt der Schweiz im Jahr 2008 370'000 Asylsuchende ins Land gekommen seien, obwohl im Vorfeld der Volksabstimmung eine Abnahme der Asylzahlen versprochen worden ist.
- Aufgrund des dynamischen Schengen/Dublin-Abkommens muss die Schweiz den EU-Asyl- und Migrationspakt übernehmen. Doch dieser regelt keine wirksame Rückführung von Personen ohne Schutzgrund. Er bringt keine Verfahren zur echten Trennung zwischen Wirtschaftsmigranten und schutzbedürftigen Personen. Im Gegenteil: Es ist zu erwarten, dass der Familiennachzug weiter vereinfacht wird und auch Illegale hier neue Möglichkeiten für einen Aufenthalt erhalten. Europa als Magnet für illegale Migranten – das wird sich mit diesen Abkommen nicht ändern. Schlepperbanden und illegale Netzwerke profitieren, nicht etwa diejenigen Personen, die wirklich Hilfe brauchen. Und die Schweiz soll das alles auch noch mittragen und mitbezahlen.
- Nachdem der Nationalrat im ersten Anlauf den freiwilligen «Solidaritätsmechanismus» noch abgelehnt hatte, stimmte die Mehrheit diesem nun zu (*«unter der Bedingung, dass das Dublin-System gegenüber der Schweiz im Wesentlichen funktioniert»*). Die Schweiz verpflichtet sich entsprechend, zusätzlich zu den Asyl-Migranten noch weitere Asylanten aus EU-Ländern aufzunehmen.
- Trotz dieser gravierenden Mängel stimmten die Mitte-links Parteien in beiden Räten in der Schlussabstimmung dem Beitritt der Schweiz zum EU-Asyl- und Migrationspakt zu.

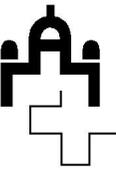


Um die Asyl-Missstände endlich zu beheben, hat die SVP die Grenzschutz-Initiative «Asylmissbrauch stoppen!» eingereicht



Forderungen Grenzschutz-Initiative «Asylmissbrauch stoppen!»:

- Systematische Grenzkontrollen: Einreise wird nur mit Einreiseberechtigung oder Aufenthaltstitel gewährt.
- Personen, die über einen sicheren Drittstaat einreisen, um ein Asylgesuch zu stellen, wird keine Einreise und kein Asyl gewährt.
- Keine Neuvergabe des Status «vorläufig Aufgenommener» (= Asylbewerber mit abgelehntem Asylgesuch).
- Jährliches Asylgewährungskontingent von max. 5'000 Personen.



Erfolg für die SVP: Nationalrat stimmt für generelle Nationalitätennennung von Straftätern in Polizeimeldungen

NZZ

- Künftig sollen Strafverfolgungsbehörden in der Schweiz die Nationalität von Straftätern grundsätzlich in Polizeimeldungen nennen müssen.
- Der Nationalrat hat einer entsprechenden parlamentarischen Initiative von Benjamin Fischer (SVP) mit 100 (davon 65 SVP) zu 84 Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt und damit eine schweizweite Regelung beschlossen.
- Die Öffentlichkeit hat ein Interesse daran zu erfahren, woher Personen stammen, die unter Verdacht stehen, strafrechtlich in Erscheinung getreten zu sein. Die Strafverfolger sollen das Alter, das Geschlecht und die Staatsangehörigkeit der Täter, Tatverdächtigen und Opfer angeben, sofern keine Gründe des Persönlichkeitsschutzes dagegensprechen oder die Gefahr besteht, dass die Personen identifiziert werden.
- Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Kehrtwende im Nationalrat: Bürgerliche Mehrheit stimmt für Nennung von Nationalitäten in Polizeimeldungen

Auch Vertreter von FDP und Mitte stimmten für den SVP-Vorstoss. Nun soll auf Bundesebene geregelt werden, was die Mehrheit der Kantone ohnehin umsetzt.

Max Sprick

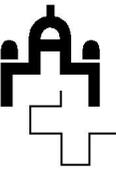
18.09.2025, 18.08 Uhr ⌚ 2 min

🔊 Hören 📄 📌 📤



In vielen Kantonen nennen Polizei oder Staatsanwaltschaft die Nationalität obligatorisch. In Zürich war das zwischenzeitlich anders.

Walter Bieri / Keystone



Abschaffung Heiratsstrafe: Nationalrat verwirft bewährtes Splitting-Modell knapp – im nächsten Jahr entscheidet das Volk

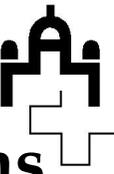
FDP Frauen (+ SP): Individualbesteuerung

- Die Vorlage zur Individualbesteuerung verspricht Gleichbehandlung – in Wahrheit bedeutet sie aber höhere Steuern für den Mittelstand, bürokratischen Aufwand und die Entwertung traditioneller Familienmodelle. Die Reform ist ideologisch motiviert, zentralistisch geprägt und benachteiligt all jene, die familiäre Verantwortung übernehmen.
- In der Sommersession 2025 stimmte der Nationalrat **mit 101 zu 93 Stimmen** und der Ständerat **mit 22 zu 21 Stimmen** der Individualbesteuerung zu.
- Das Referendum ist bereits beschlossene Sache, da zehn Kantone das Kantonsreferendum ergriffen haben.
- Auch das Volksreferendum dürfte zustande kommen.

Mitte-Partei (+ SVP): Splitting-Modell

- Neue Verfassungsbestimmung: «*Das Einkommen eines Ehepaars wird zusammengerechnet. Das Gesetz sorgt dafür, dass Ehepaare gegenüber anderen Steuerpflichtigen nicht benachteiligt werden.*»
- Vorteilhaft für Paare, einfach umzusetzen (da kantonal bewährt) und in etwa gleich hohe Einnahmehausfälle wie Individualbesteuerung.
- Im Nationalrat wurde **mit 99 zu 92 Stimmen** knapp eine ablehnende Empfehlung zur Mitte-Volksinitiative beschlossen.

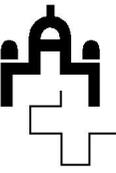
- **Volk und Stände stimmen voraussichtlich am 8. März 2026 über die Individualbesteuerung ab.**
- **Anschliessend kommt die Mitte-Initiative mit dem bewährten Splitting-Modell an die Urne.**



13. AHV-Rente soll durch höhere Mehrwertsteuer von mindestens +0,7 Prozent (d.h. neuer MwSt.-Satz von 8,8%) finanziert werden

- Nachdem der Ständerat in der Sommersession 2025 über den Finanzierungsvorschlag des Bundesrates hinausgegangen ist und neben einer gestaffelten Mehrwertsteuererhöhung von bis zu einem Prozent auch eine Erhöhung der Lohnbeiträge um 0,4 Prozent wollte, hat sich der Nationalrat mit 110 zu 86 Stimmen bei 2 Enthaltungen für eine befristete Mehrwertsteuererhöhung um 0,7 Prozent bis 2030 ausgesprochen.
- Die SVP hat sich für eine Finanzierung durch Verringerung der Ausgaben mit konkreten Vorschlägen wie beispielsweise Kürzung der Gelder bei der internationalen Zusammenarbeit, Einsparungen im Asylwesen und beim Kader des Bundespersonals ausgesprochen, fand jedoch kein Gehör.
- Es zeichnet sich ab, dass die Stimmbevölkerung im kommenden Jahr über eine Mehrwertsteuererhöhung wird abstimmen müssen.
- Die abgeänderte Vorlage geht nun zurück an den Ständerat.

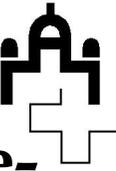
Offensichtliche Falsch-Aussage des Präsidenten des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Pierre-Yves Maillard, vom 25. Januar 2024: **«Für die Finanzierung [der 13. AHV-Rente] reicht es, ab 2030 den Lohnabzug leicht zu erhöhen – so **braucht es keine Erhöhung der Mehrwertsteuer**»**. Und: *«Heute hat der AHV-Fonds rund 50 Milliarden Franken Reserve, 2030 werden es fast 70 Milliarden sein.»*



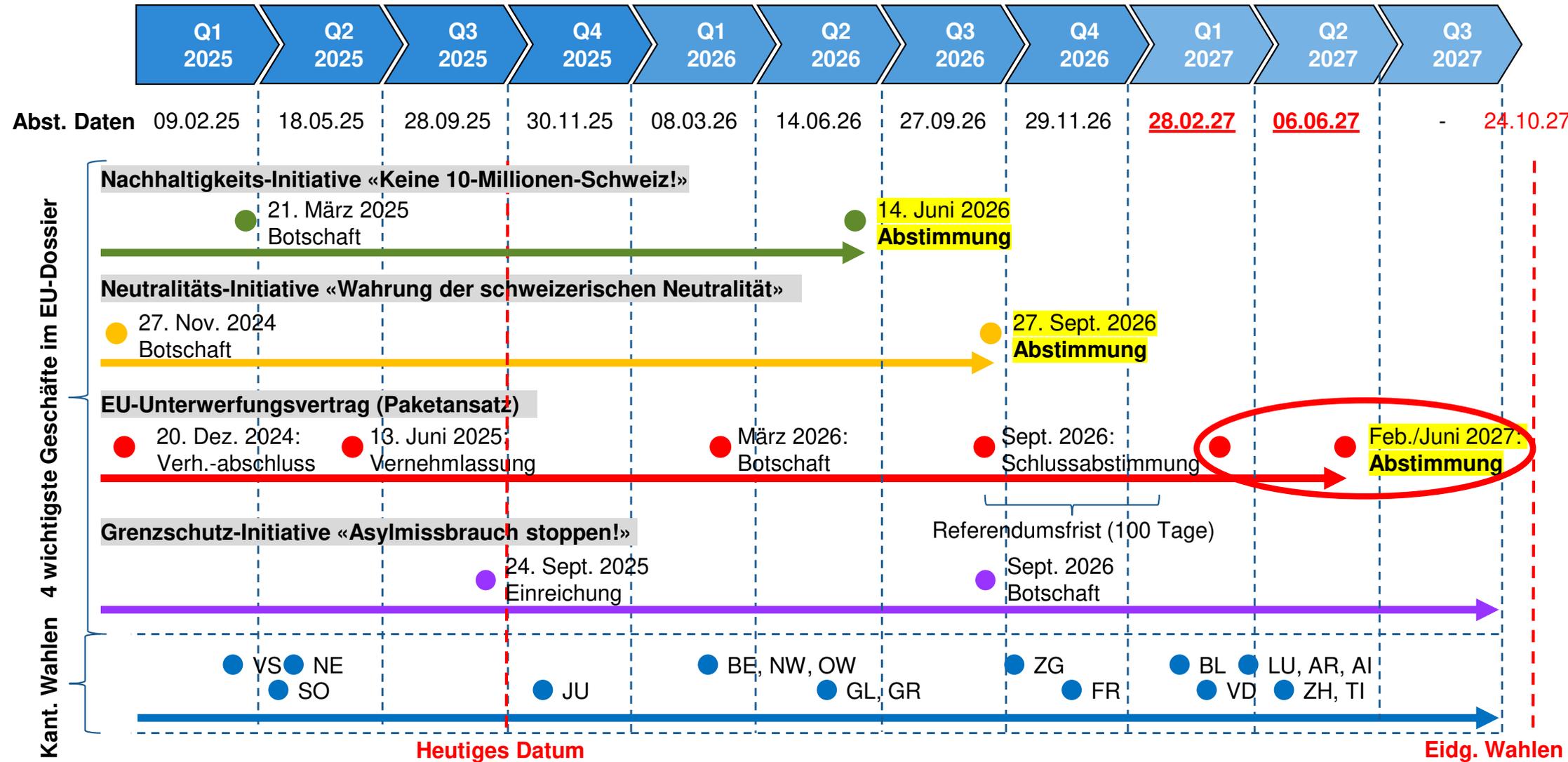
Die AHV-Initiative der Mitte kostet jährlich +4 Milliarden Franken, weshalb das Parlament einen Kompromiss sucht

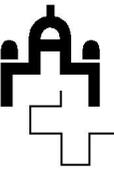
- Mit der Volksinitiative «Ja zu fairen AHV-Renten» fordert die Mitte-Partei die Abschaffung der AHV-Rentenplafonierung für Ehepaare.
- Mit der Vorlage 24.078 hat der Nationalrat einen indirekten Gegenvorschlag mit folgenden Eckpunkten beschlossen:
 - Aufhebung der AHV-Rentenplafonierung für Ehepaare, allerdings nur für Neurentner;
 - Hinterlassenenrente neu für alle hinterlassenen Elternteile und nicht mehr nur für verheiratete Hinterlassene (Witwen/Witwer);
 - Begrenzung und Angleichung der Hinterlassenenrente für Männer und Frauen: Neu soll verwitweten Elternteilen eine Rente ausbezahlt werden, bis das jüngste Kind 25 Jahre alt ist;
 - Für ältere Verwitwete, Hinterlassene mit Ergänzungsleistungen und Elternteile, die behinderte Kinder zu betreuen haben, sind Sonderregelungen vorgesehen;
 - Abschaffung Verwitwetenzuschlag;
 - Abschaffung Kinderrenten.
- Als nächstes entscheidet der Ständerat.





Die anderen Parteien wollen den EU-Unterwerfungsvertrag unbedingt noch vor den eidgenössischen Wahlen an die Urne bringen





Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/16):

Migration

**Landesverweis
durch Strafbefehl**

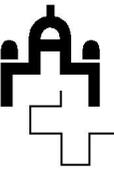
- Mit 111 (62 SVP) zu 77 Stimmen bei einer Enthaltung hat der Nationalrat die Motion (25.3428) der Rechtskommission des Nationalrats angenommen, welche die Anordnung einer Landesverweisung gegenüber Ausländern ohne Aufenthaltsrecht auch im Strafbefehlsverfahren ermöglicht. Die kostenintensiven und aufwendigen Verfahren bei Landesverweisungen von illegal eingereisten Personen werden effektiver und weniger bürokratisch gestaltet. Die Motion geht nun an den Ständerat.

**Kein
Asylverfahren
und kein
Bleiberecht für
Verbrecher**

- Nach dem Ständerat ist eine Motion von Ständerätin Esther Friedli (SVP/SG) nun auch im Nationalrat mit 116 (64 SVP) zu 62 Stimmen bei 13 Enthaltungen durchgedrungen (24.4429). Damit kann die Bevölkerung vor kriminellen Asylbewerbern, vorläufig Aufgenommenen und anerkannten Flüchtlingen geschützt werden, da diese vom Asylverfahren ausgeschlossen und bereits erteilte Bewilligungen widerrufen werden sollen. Der Bundesrat muss nun innerhalb von zwei Jahren eine Vorlage für die Umsetzung dieses Parlamentsentscheids vorlegen.

**Bewegungsfrei-
heit von
Asylkriminellen
wird
eingeschränkt**

- Nach dem Ständerat fand die Motion von Ständerat Pirmin Schwander (SVP/ZH) nun auch im Nationalrat mit 116 (64 SVP) zu 74 Stimmen bei zwei Enthaltungen eine satte Mehrheit (24.4495). Der Bewegungsradius von Personen im Asylverfahren, abgewiesenen Asylbewerbern und illegalen Einwanderern, die die Schweiz verlassen müssen, soll eingeschränkt werden, sobald ein Strafverfahren wegen eines Vergehens oder Verbrechens eröffnet wurde. Dies wird zu einer erheblichen Eindämmung von Wiederholungstaten führen. Der Bundesrat muss nun eine Vorlage ausarbeiten.



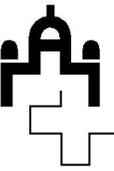
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/16): Staatspolitik

**Parlament will
zentralen Zugriff
auf alle
Wohnadressen
natürlicher
Personen**

**Neu sollen auch
digital
Unterschriften
gesammelt
werden können**

**Ausdehnung der
politischen
Rechte auf
Menschen mit
Behinderungen**

- Mit dem Adressdienstgesetz (23.039) werden die Rechtsgrundlagen für den Aufbau und den Betrieb eines nationalen Adressdienstes geschaffen. Als Basisdienst für die digitale Verwaltung sollen die Verwaltungsstellen von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie mit gesetzlichen Aufgaben betraute Dritte künftig auf die gemeldeten Wohnadressen natürlicher Personen der ganzen Schweiz zugreifen können. Die SVP kritisierte die Vorlage, da die verfassungsmässige Kompetenzordnung infrage gestellt wird. Schliesslich nahm der Nationalrat den Entwurf mit 100 zu 94 Stimmen (67 SVP) bei zwei Enthaltungen an.
- Der neue FDP-Co-Präsident Mühlemann fordert in seiner Motion Herbstsession folgenden Vorstoss an den Bundesrat überwiesen (siehe Anhang resp. Motion Mühlemann 24.3851 folgendes: «Unterschriftensammlungen für Initiativen und Referenden sollen künftig auch über digitale Kanäle stattfinden. Der Bundesrat wird beauftragt, dafür die rechtlichen Grundlagen zu schaffen und die Technologieplattform bzw. die notwendigen digitalen Anwendungen einzuführen.» Der Nationalrat hat der Motion in der Sommersession 2025 zugestimmt. Da nun auch der Ständerat mit 22 zu 18 Stimmen dem Vorstoss zugestimmt hat, muss der Bundesrat eine Vorlage ausarbeiten.
- Eine Motion der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats möchte allen Schweizerinnen und Schweizern ab dem 18. Lebensjahr die vollen politischen Rechte zugestehen. Heute ist nicht stimmberechtigt, wer aufgrund einer geistigen Behinderung unter umfassender Beistandschaft steht. Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat mit 29 zu 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen die Annahme beschlossen. Der Bundesrat muss nun eine Vorlage ausarbeiten, dass zukünftig beispielsweise auch Demenzkranke das aktive und passive Wahlrecht erhalten.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/16):

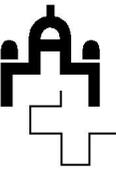
Aussenpolitik

Schweiz soll sich
einer Initiative
zur Reform der
EMRK
anschiessen

- In einer Motion (25.3739) fordert SVP-Ständerat Hannes Germann (SH) den Bundesrat auf, sich der im Mai von neun europäischen Staaten lancierten Initiative zur Reform der Auslegung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) anzuschliessen. In dem Schreiben dieser Staaten wird unter anderem darauf hingewiesen, dass die Rechtsprechung des EGMR den Handlungsspielraum der Staaten zunehmend einschränken könnte – insbesondere im Umgang mit straffälligen Migranten. Im Rahmen seiner Motion nannte Germann ein konkretes Beispiel: einen bosnischen Drogendealer. Gegen ihn lag zwar ein Landesverweis vor, doch konnte er nicht in sein Heimatland zurückgeschafft werden, da der EGMR die Schweiz zuvor verurteilt hatte. Dieses Beispiel zeigt deutlich, dass eine Reform der EMRK dringend notwendig ist und der aktuelle Zustand untragbar erscheint. In der Herbstsession 2025 hat der Ständerat die Motion mit 29 zu 15 Stimmen angenommen. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat.

Weitere
Aufstockung der
Entwicklungshilfe
abgelehnt

- Eine Motion der SP (25.3809) forderte, dass die Schweiz ihre Ausgaben im Bereich der internationalen Zusammenarbeit auf 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) erhöht. Der Bundesrat lehnte die Motion ab, u.a. mit der Begründung, dass die angespannte Finanzlage des Bundes keine zusätzlichen Spielräume ermögliche. Während der Herbstsession 2025 folgte der Ständerat dem Vorschlag des Bundesrates und lehnte den Vorstoss mit 29 zu 12 Stimmen ab. Die Motion ist somit erledigt.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/16):

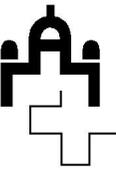
Werkplatz I

**Verlängerung der
Kurzarbeit auf
zwei Jahre**

**Lockerung des
Arbeitsrechts bei
Homeoffice**

**Bessere
Integration von
Menschen mit
Behinderungen
im Arbeitsmarkt**

- Mit einer Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) wird die maximale Bezugsdauer von Kurzarbeitsentschädigung auf 24 Monate verlängert. Unternehmen, die von der schwierigen Konjunkturlage betroffen sind, sollen so entlastet werden. Die SVP kritisierte diese Massnahme. Das Geschäft (25.441) wurde in der Schlussabstimmung im Nationalrat mit 142 zu 52 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen, im Ständerat mit 41 zu 2 Stimmen und 1 Enthaltung.
- Die Vorlage (16.484) sieht vor, das Arbeitsgesetz für die Arbeit im Homeoffice zu modernisieren. Der Zeitraum, in dem die Arbeitnehmenden ihre tägliche Arbeit leisten müssen, soll von 14 auf 17 Stunden ausgeweitet werden. Dadurch wäre es möglich, auch abends zu arbeiten, beispielsweise nachdem familiäre Verpflichtungen erfüllt wurden. Darüber hinaus sieht die parlamentarische Initiative vor, dass eine kurzzeitige Leistung (bspw. das Senden einer E-Mail von zu Hause aus) nicht mehr als Unterbrechung der Ruhezeit gilt. Schliesslich verlangt der Text, dass Arbeitnehmende, die sonntags arbeiten möchten, dazu frei in der Lage sein sollen. Der Nationalrat hat der Vorlage mit 119 zu 63 Stimmen bei 5 Enthaltungen (2 SVP) zugestimmt. Die Vorlage geht nun in den Ständerat.
- Mit der Motion 24.4039 wird der Bundesrat beauftragt, die Gesetzgebung so anzupassen, dass Arbeitgeber, die Menschen mit Behinderung beschäftigen, steuerlich entlastet werden. Die Entlastung gilt als geschäftsmässig begründet und erfolgt pauschaliert in Abhängigkeit vom arbeitsvertraglichen Bruttolohn, der Invalidenrente und dem Grad der Hilflosigkeit des Arbeitnehmenden. Der Nationalrat nahm die Motion mit 168 Ja- zu 7 Nein-Stimmen bei 18 Enthaltungen an.



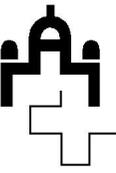
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/16):

Werkplatz II

Über die finanziellen Mittel paritätischer Kommissionen wird die Transparenz leicht erhöht

Nationalrat stimmt neuem Klima-Handels-Abkommen zu

- Die angenommene Motion 21.3599 «Transparenz über die finanziellen Mittel paritätischer Kommissionen» forderte, dass (I) die paritätischen Kommissionen (PK) der für allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge (GAV) verpflichtet werden, ihre Jahresberichte zu veröffentlichen, dass (II) die PK über die Zweckbestimmung der Mittel im Fondskapital und über deren Verwendung Rechenschaft ablegen, und dass (III) die Aufsichtsbehörde über die PK, das Staatssekretariat für Wirtschaft, die Eidgenössische Finanzkontrolle oder andere Sachverständige mit der Finanzprüfung beauftragen kann. Mit der Vorlage 24.097 wurde nun das AVEG geändert, damit allen Arbeitgebern und allen Arbeitnehmenden, die einem allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrag unterstellt sind, auf Verlangen kostenlos Einsicht in die Jahresrechnung der PK betreffend die Beiträge für die Vollzugskosten des GAV gewährt wird.
- Mit dieser Vorlage (25.030) beantragt der Bundesrat die Genehmigung des Abkommens über Klimawandel, Handel und Nachhaltigkeit (ACCTS), das die Schweiz gemeinsam mit Costa Rica, Island und Neuseeland unterzeichnet hat. Das Abkommen sieht vor, handelspolitische Instrumente zur Förderung klimafreundlicher und nachhaltiger Volkswirtschaften einzusetzen. Dazu sollen unter anderem der Handel mit Umweltgütern und -dienstleistungen liberalisiert, Subventionen für fossile Energien eingeschränkt und Qualitätsstandards für Umweltlabels gestärkt werden. Das Abkommen ist abzulehnen, da es die energie- und wirtschaftspolitische Handlungsfreiheit einschränkt, die Versorgungssicherheit gefährdet und durch zusätzliche Auflagen die Wettbewerbsfähigkeit des Arbeitsplatzes schwächt. Der Nationalrat hat die Vorlage mit 114 zu 79 (65 SVP) Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen, womit sie nun an den Ständerat geht.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (6/16): Sozialversicherungen

Ausdehnung der Erwerbsersatzordnung

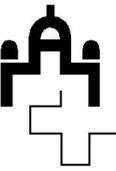
- Der Ständerat hat einstimmig der Leistungsausweitung im Bereich der Erwerbsersatzordnung zugestimmt (25.039). Im Laufe der Jahre wurde die Erwerbsersatzordnung erweitert und entschädigt heute auch den Erwerbsausfall bei Elternschaft, bei der Betreuung eines gesundheitlich schwer beeinträchtigten Kindes oder bei einer Adoption. Mit dem vorliegenden Entwurf sollen die verschiedenen Leistungen harmonisiert und den gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst werden. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat.

Klarheit betr. Wohnsitz bei Umzug in ein Alters- oder Pflegeheim

- Die Kommissionsmotion (23.4344) sieht vor, dass der Wohnsitz in jedem Fall erhalten bleibt, wenn jemand in einem anderen Kanton in ein Alters- oder Pflegeheim eintritt. In der Vergangenheit wurde danach unterschieden, ob der Eintritt freiwillig oder unfreiwillig erfolgte. Dies führte insbesondere bei der Ausrichtung von steuerfinanzierten Ergänzungsleistungen zu unsachgemässen Zuständigkeiten, wenn aufgrund des Umzugs nicht mehr der Kanton zuständig war, in dem zuvor jahrelang oder jahrzehntelang Steuern eingezahlt wurden. Der Ständerat ist nun dem Nationalrat knapp (mit 22 zu 21 Stimmen) gefolgt. Der Bundesrat muss nun eine Vorlage entwerfen.

Teilbezug von Vorsorgegeldern ermöglichen

- Nachdem bereits der Nationalrat grünes Licht gegeben hat, hat nun auch der Ständerat der Einführung einer Teilbezugsmöglichkeit aus der Säule 3a und der Freizügigkeitsleistung zugestimmt (24.3067). Diese Lösung entspricht den gesellschaftlichen Entwicklungen und bringt insbesondere für Selbstständige erhebliche Vorteile. Das Geschäft wurde sowohl im Nationalrat als auch im Ständerat einstimmig gutgeheissen und geht damit an den Bundesrat zur Umsetzung.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (7/16): Steuerpolitik und Finanzplatz

Gegenvorschlag zur Bargeld- Initiative angenommen

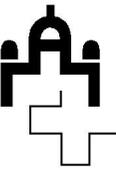
- Mit dem direkten Gegenvorschlag zur Initiative «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)» schreibt das Parlament folgende zwei Punkte in der Verfassung fest: „Die schweizerische Währung ist der Franken“ Und: „Die Schweizerische Nationalbank gewährleistet die Bargeldversorgung.“ In der Schlussabstimmung nahm der Ständerat den Gegenvorschlag mit 44 Ja- zu 1 Nein-Stimme, der Nationalrat mit 179 Ja- zu 15 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen an. Das Volk stimmt voraussichtlich kommendes Jahr über die Initiative und den Gegenvorschlag ab.

Gesetzesgrund- lage für Über- mittlung von Steuerdaten an den Bund

- In einer Motion (25.3025) fordert die Wirtschaftskommission des Nationalrats den Bundesrat auf, eine Gesetzesänderung zu unterbreiten, in der die Bedingungen festgelegt werden, unter denen der Bund bei den Kantonen für statistische Zwecke Steuerdaten erheben kann. Nachdem der Nationalrat der Motion bereits in der Sondersession 2025 zugestimmt hatte, stimmte nun auch der Ständerat oppositionslos zu. Der Bundesrat muss nun eine Vorlage ausarbeiten.

Automatischer Informations- austausch über Kryptowerte

- Der Bundesrat schlägt eine Ergänzung der spezifischen Bestimmungen zum automatischen Informationsaustausch im Bereich der Kryptowährungen vor (25.029). Zu diesem Zweck wird das entsprechende multilaterale Abkommen geändert. Das Parlament die Vorlage in der Schlussabstimmung angenommen. Im Nationalrat stimmten 132 Nationalräte dafür und 64 dagegen (alle SVP).



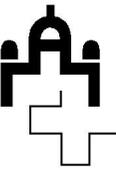
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (8/16): Verkehrspolitik

Mehr Geld für
den regionalen
ÖV

- Dem Ständerat hat einem Kredit für den regionalen ÖV von 3,52 Milliarden Franken für die Jahre 2026 bis 2028 zugestimmt – 160 Millionen mehr, als der Bundesrat wollte. Der Bundesrat hatte im vergangenen Jahr bei der Vorstellung des Pakets zur Entlastung der Bundesfinanzen bekanntgegeben, dass er ab 2027 die Beiträge des Bundes zur Abgeltung ungedeckter Kosten um fünf Prozent senken wolle. Diese Kürzung werde den öffentlichen Verkehr in der Schweiz nicht gefährden, aber es werde zu Priorisierungen vonseiten der ÖV-Unternehmen führen. Im regionalen Personenverkehr decken die Erlöse aus Billett- und Abo-Verkäufen die Kosten nur zu etwa 52 Prozent. Die nicht gedeckten Kosten übernehmen der Bund und die Kantone. Im vergangenen Jahr unterstützte der Bund 1'563 Linien des regionalen Personenverkehrs mit insgesamt 1,1 Milliarden Franken. Nun geht das Geschäft in den Nationalrat.

Verkehrs-
abhängige
Durchfahrts-
abgabe für den
Transitverkehr

- Die Motion (25.3744) sieht eine Gebühr für den Durchgangsverkehr von Grenze zu Grenze vor. Die kleine Kammer hat den Vorstoss des Tessiner SVP-Ständerats Marco Chiesa mit 44 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen gutgeheissen. Chiesa verlangt vom Bundesrat die Erarbeitung einer Vorlage. Er begründet seine Forderung mit der Belastung von Mensch und Natur durch den Transitverkehr. Vorbehalten bleiben sollen die Verpflichtungen der Schweiz aus dem Landverkehrs- und dem Freizügigkeitsabkommen mit der EU. Die Motion geht damit an den Nationalrat, wo bereits mehrere Vorstösse mit gleichem Inhalt warten.



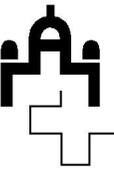
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (9/16): Energie- und Umweltpolitik

Parlament stimmt
«Beschleunigungserlass» zu

- Der «Beschleunigungserlass» (23.051) soll dazu führen, dass neue Stromanlagen wie Solaranlagen, Wind- oder Wasserkraftwerke schneller gebaut werden können. Für 16 bereits vom Volk genehmigte Wasserkraftprojekte wurde beschlossen, das Verbandsbeschwerderecht einzuschränken, indem das letzte Wort bei den kantonalen Gerichten liegt und ein Weiterzug ans Bundesgericht ausgeschlossen wird. Mit 185 zu 2 Stimmen bei 9 Enthaltungen wurde die Vorlage in der Schlussabstimmung im Nationalrat angenommen – im Ständerat sogar einstimmig.

Anpassung der
PFAS-
Regulierung

- In einer ausserordentlichen Sitzung zum Thema PFAS behandelte das Parlament zahlreiche Vorstösse, die überwiegend strengere Regeln forderten (25.3421, 25.3746, 25.3797, 25.3801, 25.3835, 25.3855, 25.3865, 25.3866, 25.3868, 25.3902, 25.3906, 25.3907, 25.3930). Während einzelnen Vorstösse noch hängig sind (da erst im Erstrat angenommen) hat das Parlament bereits den Bundesrat beauftragt, beim Festlegen der PFAS-Grenzwerte neben den Gesundheits- und Umweltrisiken auch die bestehenden Grundbelastungen, die Vollzugstauglichkeit, die Kohärenz zu anderen Grenzwerten und die wirtschaftlichen Folgen zu berücksichtigen, insbesondere die Auswirkung auf die betroffenen Landwirtschaftsbetriebe oder Wasserversorgungen. Im Zusammenhang mit der Verordnung des EDI über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen (TBDV) wurde der Bundesrat aufgefordert, die Trinkwasserrichtlinie der EU nicht zu übernehmen und eigenständige Regelungen vorzusehen, welche die landwirtschaftliche Produktion unter Berücksichtigung der Höchstgehalte für die Endprodukte sicherstellen.



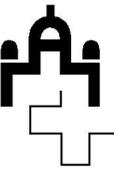
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (10/16): Finanzpolitik und Bundesstatistik

**Klimafonds-
Initiative
abgeschmettert**

**Massiv mehr
Personal für
fedpol**

**Nationalität wird
bei der Kranken-
versicherung neu
erhoben**

- Die Volksinitiative beantragt die Schaffung eines staatlichen Klimafonds. Dieser soll jährlich mit 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandprodukts geüfnet werden, um Investitionen in Klimaschutz, erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Biodiversität und Bildung zu fördern. Das Ziel besteht darin, die Treibhausgasemissionen zu senken und das Netto-Null-Ziel bis 2050 zu erreichen. In der Schlussabstimmung hat der Nationalrat die Volksinitiative mit 127 zu 69 Stimmen abgelehnt und der Ständerat mit 33 zu 11 Stimmen.
- Die Sicherheitspolitische Kommission beantragt eine massive Aufstockung des fedpol um 100 bis 200 Personen (25.3941). Als einzige Partei stellte sich die SVP gegen diese Aufstockung. Es habe vor dieser Forderung nach mehr Personal keine Auslegeordnung gegeben und eine solche Aufstockung sei in der aktuellen finanziellen Lage ohne Kompensierungen bei anderen Verwaltungseinheiten des Bundes nicht angezeigt. Zudem wurden bereits mehrfach Personalerhöhungen für das fedpol genehmigt, die jedoch alle in die interne Verwaltung gingen. Der Nationalrat nahm die Motion am Ende mit 131 zu 58 Stimmen bei 6 Enthaltungen an; sie geht nun in den Ständerat.
- Die Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit möchte mit einer Motion die Nationalität der versicherten Personen erheben, wenn Leistungen zulasten der Krankenversicherung erbracht werden. Nach dem Nationalrat ist nun auch der Ständerat mit 23 zu 17 Stimmen bei einer Enthaltung gewillt, die bisherige Versicherungsstatistik anzupassen. Dieser längst nötige Entscheid muss jedoch so umgesetzt werden, dass diese Erhebungen den Anteil der öffentlichen Gelder an der Franchise, dem Selbstbehalt sowie der Prämienverbilligung nicht ausser Acht lassen. Gerade diese öffentlichen Mittel müssen ebenfalls in die Gesamtkostenrechnung einfließen.

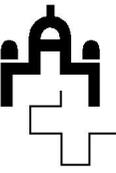


Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (11/16): Kommunikation

**Nationalrat
stimmt gegen die
Zwangsab-
schaltung von
UKW**

**Trotz Volks-Nein
soll die
Medienförderung
ausgebaut
werden**

- Mit 124 (davon 64 SVP) zu 62 Stimmen bei acht Enthaltungen sagt die grosse Kammer Ja zu einer Motion der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (25.3950) die verlangt, auf die für Ende 2026 geplante Einstellung des UKW-Rundfunks zu verzichten und stattdessen die aktuellen UKW-Funkkonzessionen zu verlängern oder ab 2027 ein neues Ausschreibungsverfahren durchzuführen. Ein Zwang zur Umstellung auf DAB+ ist nicht hinnehmbar. So hat die SRG wegen der Einstellung des UKW-Rundfunks per Ende 2024 bereits viele Hörer verloren. Ähnliche Rückgänge und entsprechende Verluste bei den Werbeeinnahmen sind bei privaten Radios zu befürchten. Zudem drohen Hörer zu ausländischen Sendern abzuwandern. Die Motion kommt nun in den Ständerat.
- Lokale und regionale Radio- und TV-Sender sollen künftig statt der heutigen 4 bis 6 Prozent neu 6 bis 8 Prozent des Ertrags aus der Mediengebühr erhalten. Die Vorlage sieht zudem zusätzliche Fördermittel für Aus- und Weiterbildungsinstitutionen für Medienschaffende, für Nachrichtenagenturen wie Keystone-SDA, für den Betrieb der Stiftung für Nutzungsforschung (Mediapulse) und für Selbstregulierungsorganisationen wie den Presserat vor. Der Nationalrat hiess mit 136 (davon 6 SVP) zu 55 (davon alle SVP) Stimmen bei 2 Enthaltungen (beide SVP) die allgemeinen Fördermassnahmen (22.417) sowie mit 131 (davon 40 SVP) zu 40 (davon 12 SVP) Stimmen bei 19 (davon 9 SVP) Enthaltungen die Erhöhung der Gebührenanteile für private Medien (22.407) gut. Grundsätzliche Kritik an den Medienfördermassnahmen kam nur von der SVP. Nationalrat Gregor Rutz (SVP) kritisierte das „Wettrennen um Subventionen“, nachdem das Stimmvolk das Medienpaket im Jahr 2022 an der Urne deutlich verworfen habe.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (12/16): Sicherheitspolitik

Reform der Armee- organisation

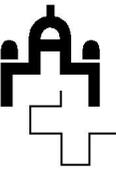
- Die Vorlage (25.036) flexibilisiert die Rekrutenschule und die Wiederholungskurse, stärkt den Cyber-Schutz, digitalisiert die Kommunikation mit den Armeeangehörigen, verankert Kompensationsgeschäfte im Militärgesetz und erlaubt unter bestimmten Bedingungen das vorübergehende Überschreiten des Effektivbestandes. Der Nationalrat legte den Sollbestand der Armee auf mindestens 100'000 Soldaten fest, statt auf genau 100'000. Der Nationalrat nahm die Vorlage mit 127 (64 SVP) zu 63 Stimmen bei zwei Enthaltungen an. Die Vorlage geht nun zur Differenzbereinigung zurück in den Ständerat.

Zivildienst weniger attraktiv

- Im Jahr 2023 nahmen beide Räte eine SVP-Motion an, um den Zivildienst unattraktiver zu gestalten. Der Vorschlag umfasst mindestens 150 Dienstage für Zivildienstleistende, das 1,5-fache an Tagen für ehemalige militärische Kader, eine jährliche Einsatzpflicht und einen „langen Einsatz“ im Folgejahr. Der Nationalrat nahm die Umsetzung (25.033) in der Sommersession 2025 an. Die Linke wehrte sich und forderte stattdessen, das Militär attraktiver zu machen. Ein bürgerlicher Block hingegen unterstützte die Massnahmen, da sie die Bestände der Armee sichern sollen. Der Ständerat schloss sich in allen Punkten der Linie des Nationalrates an. In der Schlussabstimmung wurde die Vorlage in beiden Räten jeweils mit grosser Mehrheit und gegen den Willen der Linken angenommen.

Nationalrat fordert Militärbündnis mit der EU

- Eine Motion (25.3529) fordert, dass die Schweiz ein verteidigungspolitisches Partnerschaftsabkommen mit der EU eingeht. Entsprechend möchte sie dem Bundesrat ein Verhandlungsmandat erteilen. Der Nationalrat stimmte diesem Verhandlungsmandat mit 124 zu 61 Stimmen deutlich zu. Nur die SVP stemmte sich gegen dieses neutralitätsfeindliche Militärbündnis mit der EU. Die Motion geht nun in den Ständerat.



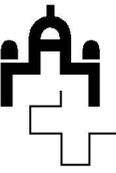
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (13/16): Landwirtschaftspolitik

**Schuss von
Wölfen in
Jagdbann-
gebieten**

**Abschuss von
Problemwölfen
wird erleichtert**

**Mehr
Unterstützung für
Landwirtschaft
an Hanglagen**

- Mit einer Motion (25.3715) verlangt Ständerätin Esther Friedli (SVP/SG) vom Bundesrat, dem Parlament einen Entwurf zur Änderung des Jagdgesetzes vorzulegen. Das Ziel besteht darin, das Abschliessen von Wölfen in den freien Jagdbezirken zu erlauben, sofern Schiessbewilligungen erteilt werden. Mit dieser Motion soll die Regulierung der Wölfe erleichtert werden. Der Ständerat hat die Motion mit 33 zu 6 Stimmen angenommen. Nun wird die Motion dem Nationalrat zur Behandlung vorgelegt.
- Die weitere Motion (25.3549) verlangt vom Bundesrat, das Jagdgesetz so anzupassen, dass eine Abschussbewilligung für problematische Wölfe – auch für solche, die zu einem Rudel gehören – erteilt werden kann. Der Ständerat stimmte der Motion mit 33 zu 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen zu. Die Motion geht nun in den Nationalrat.
- Die Motion (24.3973) verlangt, die Rechtsgrundlage so anzupassen, dass der Beitrag für stark geneigte Flächen gewährt wird, wenn diese mindestens 30% der gesamten Mähwiesenfläche ausmachen. Darüber hinaus wird der Bundesrat aufgefordert, die notwendigen Mittel bereitzustellen, um eine offene Kulturlandschaft zu erhalten. Der Nationalrat folgte dem Ständerat und nahm die Motion mit 166 Stimmen (davon 65 aus der SVP) bei 16 Gegenstimmen an. Der Bundesrat muss nun ein entsprechendes Projekt vorlegen.



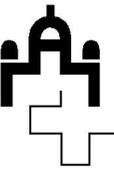
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (14/16): Rechtsfragen I

Bei lebenslanger
Freiheitsstrafe
härter
durchgreifen

- Wer zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, soll künftig mindestens 17 Jahre davon absitzen müssen. Die Neuerung soll den Unterschied zwischen lebenslanger und 20-jähriger Freiheitsstrafe – dort ist eine bedingte Entlassung ab 13,3 Jahren möglich – deutlicher machen. Zusätzlich hat das Parlament fest-geschrieben, dass lebenslange Freiheitsstrafen frühestens nach 13 Jahren in einem Arbeitsexternat verbüsst werden können. Voraussetzung ist, dass keine Flucht- oder Rückfallgefahr besteht. Mit 131 Stimmen (davon 66 aus der SVP) zu 64 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen sagt der Nationalrat Ja zur Vorlage (25.027).

Schädliches
Transparenz-
register

- Künftig sind Gesellschaften und andere juristische Personen verpflichtet, den Behörden ihre wirtschaftlich Berechtigten mitzuteilen. Das Parlament hat dies im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Geldwäsche beschlossen (Entwurf 1). Die Räte entschärften den ursprünglichen Gesetzesentwurf des Bundesrats. So befreiten sie beispielsweise Stiftungen, Vereine und Treuhänder von der Registerpflicht. Die bürgerliche Mehrheit entschlackte den Entwurf auch, um den zusätzlichen Aufwand für die Wirtschaft möglichst gering zu halten.
- Künftig gelten in der Schweiz im Kampf gegen Geldwäscherei in bestimmten Fällen auch für Anwälte, Notare und weitere Beraterinnen und Berater Sorgfaltspflichten (Entwurf 2). Bei Immobilien-Transaktionen gelten die neuen Sorgfaltspflichten ab fünf Millionen Franken.
- In der Schlussabstimmung nahm der Nationalrat die beiden Entwürfe (24.046) mit 121 zu 70 Stimmen bei 5 Enthaltungen gegen den Willen der SVP an, der Ständerat nahm das Gesetz mit 30 zu 14 Stimmen an.



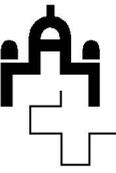
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (15/16): Rechtsfragen II

Prinzip der
gewaltfreien
Erziehung
gesetzlich
verankert

Schweizweite
Betreibungs-
registerauskunft

Keine
Sammelklagen
in der Schweiz

- Eltern haben ihre Kinder ohne Anwendung von Gewalt zu erziehen. Dieses Prinzip wird jetzt ausdrücklich im Schweizer Zivilgesetzbuch verankert (24.077). Die SVP-Fraktion wollte nicht auf die Vorlage eintreten. Wie SVP-Vertreter sagten, betonte auch der Bundesrat im Vorfeld der Debatten, dass Gewalt gegenüber Kindern im Rahmen der elterlichen Erziehung nach geltendem Recht bereits nicht erlaubt ist. Namentlich das Strafrecht und der zivilrechtliche Kinderschutz schützen Kinder bereits heute vor Gewalt in der Familie. Die Vorlage wurde in der Schlussabstimmung gegen den Willen der SVP angenommen, im Nationalrat mit 131 zu 63 Stimmen bei 2 Enthaltungen und im Ständerat bei 33 zu 4 Stimmen bei 8 Enthaltungen.
- Der Nationalrat verlangt eine schweizweite Betreibungsregisterauskunft (24.065). Ausserdem möchte er Online-Versteigerungen gesetzlich regeln. Die grosse Kammer hat entsprechenden Gesetzesänderungen am Dienstag mit 194 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme zugestimmt. Die Möglichkeit einer landesweiten Auskunft hatte zuvor die Rechtskommission des Nationalrates vorgeschlagen. Zu diesem Zweck sieht sie die Einführung eines zentralen Informationssystems sowie eine einheitliche Identifikation von Schuldner vor. Als Nächstes muss sich der Ständerat mit der Sache befassen.
- Mit 30 zu 13 Stimmen und zwei Enthaltungen lehnte der Ständerat ein Eintreten auf die Vorlage (21.082) ab, von der zuvor schon der Nationalrat nichts wissen wollte. Die meisten Ja-Stimmen kamen von Vertretern der SP und der Grünen. Damit ist der 2021 vom Bundesrat präsentierte und von den Räten verlangte Gesetzesentwurf für eine Verbandsklage vom Tisch. Gemäss der Vorlage hätten nur „nicht gewinnorientierte“ Verbände Sammelklagen einreichen können.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (16/16): Bildung, Forschung und Kultur

**Einführung der
Titel
„Professional
Bachelor“ und
„Professional
Master“**

- Die Gesetzesänderung (25.046) führt die international verständlichen Titel „Professional Bachelor“ und „Professional Master“ für Absolventen der höheren Berufsbildung ein. Mehrere Motionen (23.3295, 23.3296, 23.3297, 23.3298, 23.3389) fordern zudem eine vollständige Titeläquivalenz, damit diese Abschlüsse den universitären Bachelor- und Master-Titeln gleichgestellt werden. Der Ständerat hat der Vorlage einstimmig zugestimmt, da sie die internationale Anerkennung der Schweizer Berufsbildung stärkt und Fachkräften bessere Karrierechancen im Ausland eröffnet.

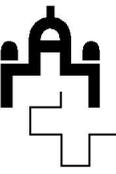
**Gegenvorschlag
zur Pelz-Initiative
verabschiedet**

- Die Volksinitiative verlangt ein Importverbot für Pelze und Pelzprodukte, die mithilfe in der Schweiz verbotener Methoden hergestellt wurden. Der Bundesrat hat einen indirekten Gegenvorschlag vorgestellt. Ein Import bleibt möglich, wenn nachgewiesen ist, dass keine tierquälereischen Methoden verwendet wurden. In der Herbstsession hat sich der Nationalrat mit 183 zu 9 Stimmen für den Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe ausgesprochen. Nun gehen die Initiative und der Gegenvorschlag in den Ständerat.

**Mehr Bürokratie
für Jugend-
organisationen**

- Sechs gleichlautende Motionen (23.4191, 23.4192, 23.4193, 23.4194, 23.4195, 23.4196) beauftragen den Bundesrat, in einem Bericht aufzuzeigen, welche Möglichkeiten bestehen, um Organisationen, wie (Landes-)Kirchen, Schulen und Vereinen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, zu verpflichten, standardisierte, verbindliche und dem Gefährdungspotenzial angepasste Schutzkonzepte zur Prävention von sexuellem, physischem und psychischem Missbrauch einzuführen, anzuwenden und ein Controlling zu garantieren sowie gestützt auf die Prüfergebnisse einen Massnahmenplan vorzulegen. Nach dem Ständerat stimmte nun auch der Nationalrat den geänderten Motionen zu.

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 - 3. Besuch im Bundeshaus**
 4. Aktualitäten



Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

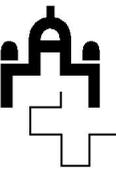
Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Wintersession 2025: 1. – 19. Dezember 2025**
- **Frühlingsession 2026: 2. – 20. März 2026**
- **Sommersession: 1. – 19. Juni 2026**
- **Herbstsession: 14. September – 2. Oktober 2026**
- **Wintersession: 30. November – 18. Dezember 2026**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

- **Als Gruppe bis max. 40 Personen:**
 - Anmeldung im Internet unter www.parlament.ch:
Home > Services > Besuch im Parlamentsgebäude > Sessionsbesuche
 - Für Rückfragen E-Mail an sessionsbesuche@parl.admin.ch oder Tel. unter +41 58 322 97 11
- **Als Einzelperson oder zu zweit:**
 - E-Mail an mich
 - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 - 4. Aktualitäten**



Abstimmungsvorlagen vom Sonntag, 30. November 2025

Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)»

NEIN

JUSO-Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)»

NEIN

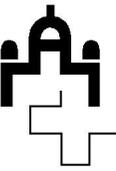
Mit der JUSO-Initiative müsste der Mittelstand noch höhere Steuern bezahlen



Am 30. November

NEIN

zur Juso-Initiative



Haben Sie Fragen?